

## **Die „Fischer-Kontroverse“ – Geschichtsschreibung wider den „Zeitgeist“ in der BRD in den sechziger Jahren**

**Autor: Dr. Reiner Zilkenat**

1959 und 1960 machten zwei Aufsätze in der „Historischen Zeitschrift“ Furore. Ihre Titel lauteten: „Deutsche Kriegsziele, Revolutionierung und Separatfrieden im Osten 1914-1918“<sup>1</sup> bzw. „Kontinuität des Irrtums. Zum Problem der deutschen Kriegszielpolitik im ersten Weltkriege“<sup>2</sup>. 1961 folgte die Monographie zum Thema: „Griff nach der Weltmacht. Die Kriegszielpolitik des kaiserlichen Deutschland 1914/18“<sup>3</sup>. Worum ging es? Der an der Universität Hamburg lehrende Ordinarius für Neuere Geschichte Fritz Fischer brach nach jahrelanger Auswertung bislang unzugänglicher Aktenbestände gleich mit mehreren Tabus der „herrschenden Lehre“ zur Vorgeschichte und zur Entstehung des Ersten Weltkrieges sowie zu den Kriegszielen des deutschen Imperialismus.

### **„Hineingeschlittert“?**

*Zum einen* gelang ihm der Nachweis, dass die von allen kriegführenden Mächten aus durchsichtigen Motiven vertretene Anschauung, man sei im Sommer 1914 in den Krieg „hineingeschlittert“<sup>4</sup>, zukünftig keine seriöse Basis mehr beanspruchen konnte. Fischer rekonstruierte aus den Akten des Auswärtigen Amtes, der Reichskanzlei und anderer Behörden die im Juli/August 1914 getroffenen Entscheidungen der politisch und militärisch Verantwortlichen im Deutschen Reich, die nach dem am 28. Juni 1914 in Sarajewo erfolgten Attentat auf den österreichischen Thronfolger Erzherzog Franz Ferdinand entstandene Situation zu nutzen, um den Weg in einen Krieg zu beschreiten; ein Krieg, der mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit nicht auf einen lokalen Konflikt zwischen Österreich-Ungarn und Serbien begrenzt werden konnte. Es drohte ein Eingreifen Russlands auf Seiten Serbiens. Aufgrund der existierenden Bündnissysteme wäre dann für das Deutsche Kaiserreich ein militärisches Engagement an der Seite der Habsburgermonarchie unabweisbar gewesen. Im nächsten Schritt war der Bündnisfall Frankreichs an der Seite Russlands zu erwarten. England als Partner der Franzosen in der seit dem 8. April 1904 bestehenden Entente Cordiale würde sich nicht nur mit seiner Flotte, sondern auch mit einem Expeditionsheer auf dem europäischen Kontinent gegen Deutschland und Österreich-Ungarn engagieren. Alles hing von der Entscheidung des Deutschen Reiches ab, dem ökonomisch und militärisch schwächelnden Österreich-

---

<sup>1</sup> Historische Zeitschrift, Band 188, 1959, S. 249ff.

<sup>2</sup> Ebd., Bd. 191, 1960, S. 83ff.

<sup>3</sup> Fritz Fischer: Griff nach der Weltmacht. Die Kriegszielpolitik des kaiserlichen Deutschland 1914/18, Düsseldorf 1961. Das Buch wurde mehrfach aufgelegt und in viele Sprachen übersetzt.

<sup>4</sup> Der Begriff „hineinschlittern“ wurde zuerst von David Lloyd George in seinen Memoiren benutzt. Siehe Lloyd George: Mein Anteil am Weltkrieg. Kriegsmemoiren, 1. Bd., Berlin 1933, S. 43.

Ungarn „grünes Licht“ für einen Feldzug gegen Serbien zu erteilen, der vordergründig als „Vergeltung“ für die angebliche Unterstützung der Attentäter durch den serbischen Geheimdienst dienen sollte. Dies geschah am 5. und 6. Juli 1914, als der deutsche Kaiser Wilhelm II. und Reichskanzler Theobald von Bethmann Hollweg, assistiert von den Verantwortlichen im Auswärtigen Amt und im Generalstab, dem Abgesandten Österreich-Ungarns, Alexander Graf von Hoyos, den „Blankoscheck“ für einen Krieg gegen Serbien ausstellten.<sup>5</sup> Fritz Fischer konnte weiterhin darlegen, dass von deutscher Seite bis zur Eröffnung der Kampfhandlungen in den ersten Augusttagen nichts unternommen wurde, um den Weg in einen europäischen Krieg zu stoppen. Im Gegenteil gab es niemanden unter den politisch Verantwortlichen in Berlin, der in irgendeiner Weise derartige Aktivitäten auch nur versucht hätte. Dies galt nicht zuletzt für den als „friedliebend“ von der traditionellen bürgerlichen Geschichtsschreibung charakterisierten Reichskanzler. Bethmann Hollweg sah seine Aufgabe vielmehr darin, Deutschland als den „unprovokiert Angegriffenen“ hinstellen und die deutsche Mobilmachung offiziell erst nach der Generalmobilmachung Russlands auszulösen. Dies war auch deshalb vonnöten, um die revisionistischen Führer der Sozialdemokratie unter dem Deckmantel des Kampfes gegen das „reaktionäre Russland“ für die im Reichstag zu erteilende Zustimmung zu den Kriegskrediten am 4. August 1914 zu gewinnen.<sup>6</sup> An dieser Stelle sei eines unterstrichen: Fritz Fischer hat ungeachtet der höchst abenteuerlichen Politik der Reichsleitung in der Julikrise dem deutschen Imperialismus niemals die Alleinschuld an der Entfesselung des Ersten Weltkrieges zugewiesen, wie viele seiner konservativen Opponenten bis heute behaupten. Er hat ihm allerdings mit guten Argumenten als den Hauptschuldigen identifizieren können, ohne den der Erste Weltkrieg nicht möglich gewesen wäre. „Die so genannte Julikrise war“, so Fritz Fischer, „gesehen von der deutschen Politik nichts anderes als der technische Ablauf einer diplomatischen Aktion zur Herstellung einer günstigen außenpolitischen Mächtekonstellation für einen kontinentalen Krieg, von dessen Notwendigkeit die deutschen Führungskreise überzeugt waren und für den das Volk vorbereitet war.“<sup>7</sup> Dem ist nichts hinzuzufügen.

---

<sup>5</sup> Siehe Fritz Fischer: Griff nach der Weltmacht. Die Kriegszielpolitik des kaiserlichen Deutschland 1914/18, Düsseldorf 1967 (Sonderausgabe), S. 46ff. Siehe auch die ausführliche Darstellung der Vorbereitung und des Verlaufs dieser Mission des Grafen Hoyos, der eine Schlüsselfunktion in der Juli-Krise beizumessen ist, in den Memoiren des damaligen österreichisch-ungarischen Generalstabschefs: Feldmarschall Conrad von Hötzendorf: Aus meiner Dienstzeit, 4. Bd., Wien-Leipzig-München 1923, S. 36ff. Siehe auch: Eric A. Leuer: Die Mission Hoyos. Wie österreichisch-ungarische Diplomaten den ersten Weltkrieg begannen, Herbolzheim 2011.

<sup>6</sup> Siehe Fritz Fischer: Griff nach Weltmacht, S. 88ff.

<sup>7</sup> Derselbe: Weltmacht oder Niedergang. Deutschland im ersten Weltkrieg, 2. Aufl., Frankfurt a.M. 1968, S. 51.

## Die Kriegszielprogramme

Zum anderen besteht das bleibende Verdienst Fischers in seiner akribischen Rekonstruktion der Kriegsziele des deutschen Imperialismus. In den Akten der Reichskanzlei, die im Zentralen Staatsarchiv der DDR in Potsdam verwahrt wurden, fand er die zentrale Kriegszielenkschrift der Reichsleitung: das „Septemberprogramm“ des Reichskanzlers Theobald von Bethmann Hollweg vom 9. September 1914, in dem überaus abenteuerliche Planungen enthalten waren. Die Zielsetzung bestand darin, das Deutsche Reich dauerhaft als beherrschende europäische Kontinentalmacht zu etablieren. So hieß es z.B.: „Sicherung des Deutschen Reiches nach West und Ost auf erdenkliche Zeit. Zu diesem Zweck muss Frankreich so geschwächt werden, dass es als Großmacht nicht neu entstehen kann, Russland von der deutschen Grenze nach Möglichkeit abgedrängt und seine Herrschaft über die nichtrussischen Vasallenvölker gebrochen werden.“ Ferner war die Rede von umfangreichen Annexionen französischer und belgischer Gebiete, von einer Kriegsentschädigung, die so hoch sein müsse, „dass Frankreich nicht imstande ist, in den nächsten fünfzehn bis zwanzig Jahren erhebliche Mittel für Rüstung anzuwenden.“ Wie Bethmann Hollweg am 18. September 1914 an seinen Vizekanzler Clemens von Delbrück schrieb, ginge es um die Schaffung eines mitteleuropäischen Großraumes, der sich „nicht auf einer Verständigung über gemeinsame Interessen“, sondern nur bei einem „von uns zu diktierenden Frieden erreichen lassen“ werde.<sup>8</sup> Dass neben anderen weit ausgreifenden Zielsetzungen auch von der „Schaffung eines zusammenhängenden mittelafrikanischen Kolonialreiches“ die Rede war, sei hier nur am Rande erwähnt.<sup>9</sup>

Ein großes Verdienst Fischers bestand von Anfang an darin, dass er bei der Untersuchung der Kriegsziele des deutschen Imperialismus nicht nur die von staatlichen Instanzen aufgestellten Forderungen analysierte, sondern er gleichfalls Denkschriften aufspürte, die von Repräsentanten und Verbänden des Großkapitals formuliert worden waren. So entdeckte er in den Akten der Reichskanzlei u.a. Kriegszielenkschriften aus der Feder von August Thyssen vom 28. August, vom Generaldirektor der AEG Walther Rathenau vom 7. September und des „Kriegsausschusses“ der deutschen Industrie vom 7. November 1914.<sup>10</sup> Vor allem in der Aufzeichnung Thyssens wurden die expansionistischen Forderungen des Reichskanzlers noch übertroffen. Er war „vor allem an den Minette-Erzen von Longwy-Briey, den Kohlefeldern Belgiens, den Erzen des Dongebietes und den Manganerzen des Kaukasus interessiert.“ Fritz Fischer fährt fort: „Die weitausgreifende Konzeption Thyssens gipfelte in der Vorstellung, mit der Gewinnung einer Landbrücke über Südrussland, Kleinasien und Persien das britische

---

<sup>8</sup> Ebenda, S. 93 u. 95.

<sup>9</sup> Ebenda, S. 94.

<sup>10</sup> Diese Denkschriften sind auszugsweise abgedruckt in: Dokumente zur deutschen Geschichte 1914-1917. Hrsg. von Dieter Fricke, bearb. von Willibald Gutsche, Berlin-DDR 1976, S. 37f., 41f. u. 60.

Weltreich...in Indien und Ägypten entscheidend zu treffen.“<sup>11</sup> In einem Punkte allerdings herrschte vollkommene Übereinstimmung zwischen der politischen Führung und den Herren der Großindustrie: Es müsste im Ergebnis des Krieges unbedingt ein vom deutschen Imperialismus ökonomisch, politisch und militärisch beherrschtes „Mitteleuropa“ geschaffen werden, das geographisch bis in den Nahen und Mittleren Osten hineinreichen und für spätere Kriege eine stabile Rohstoff- und Nahrungsmittelbasis gegen eine britische Seeblockade sicherstellen sollte. In Friedenszeiten war diesem „Mitteleuropa“, in dem es keine für die deutsche Industrie hinderlichen Zölle mehr geben sollte, als ein ökonomischer „Ergänzungsraum“ die Funktion zugewiesen worden, ein exklusives Absatzgebiet deutscher Waren zu sein. Was unter diesem „Mitteleuropa“ zu verstehen war, erfahren wir in unmissverständlicher Deutlichkeit aus den Tagebüchern des Legationsrates und persönlichen Referenten Bethmann Hollwegs, Kurt Riezler: „Gestern lange mit dem Kanzler zusammengesessen, um ihm mein neues Europa, d.h. die europäische Verbrämung unseres Machtwillens, auseinanderzusetzen. Das mitteleuropäische Reich Deutscher Nation. Das bei Aktiengesellschaften übliche Schachtelsystem, das deutsche Reich eine AG mit preußischer Aktienmajorität, jede Hinzunahme neuer Aktionäre würde diese Mehrheit, auf der, als auf der preußischen Hegemonie das Reich steht, zerstören. Daher um das deutsche Reich herum ein Staatenbund, in dem das Reich ebenso die Majorität hat wie Preußen im Reich – daher denn Preußen auch in diesem Staatenbund die tatsächliche Leitung hat. Die belgische Frage so lösen, dass sie dieser zukünftigen Entwicklung nicht im Wege steht, sondern sie im Gegenteil selbst heraufführen hilft. Dann Österreich so behandeln, dass es von selbst hineinwächst. Das wird es und muss es. Dann den europäischen Gedanken in Skandinavien und Holland stärken. Man braucht gar nicht von Anschluss an die Centralmacht zu reden. Der europäische Gedanke, wenn er sich weiter denkt, führt ganz alleine zu solcher Konsequenz. Dito die Ermüdung und der nach dem Kriege zu erwartende Pazifismus. Man muss der Welt den ewigen Frieden versprechen. (...) Dies Mitteleuropa ist wirtschaftlich und politisch die welthistorische Aufgabe.“<sup>12</sup> Weiterhin gelang es Fritz Fischer und seinen Schülern den Nachweis zu führen, dass es detaillierte Planungen für die Konstituierung von „Vasallenstaaten“ gab, an deren Spitze willfährige einheimische Politiker bzw. aus deutschen Fürstenhäusern stammende Monarchen stehen sollten. Im großen Stil war die Besiedlung derartiger Ländereien im Westen (u.a. bedeutende Teile Belgiens, Französisch-Lothringen, Nordfrankreich) und im Osten Europas (vor allem die baltischen und polnischen Territorien des Zarenreiches) mit deutschen Bauern und Handwerkern, nicht zuletzt mit Familien deutscher Unteroffiziere, vorgesehen. Ja, es existierte seit dem Beginn des Krieges die Vorstellung, dass gewisse

---

<sup>11</sup> Fritz Fischer: Griff nach der Weltmacht, S. 97f.

<sup>12</sup> Kurt Riezler: Tagebücher, Aufsätze, Dokumente. Eingeleitet u. hrsg. von Karl Dietrich Erdmann, Göttingen 1972, S. 268f. Eintragung v. 18.4.1915. Zum Gesamtzusammenhang siehe die unverzichtbare Quellenedition von Reinhard Opitz, Hrsg: Europastrategien des deutschen Kapitals 1900 bis 1945, Köln 1977.

Gebiete in Belgien und Frankreich sowie im Zarenreich „ohne Bevölkerung“ annektiert werden sollten. Die hier lebenden Einwohner seien davon zu „überzeugen“, in das Innere Frankreichs bzw. Russlands überzusiedeln. Vor allem Kaiser Wilhelm II., Teile der Generalität, der ebenso einflussreiche wie reaktionäre „Alldeutsche Verband“, besonders jedoch der „Verein Deutscher Eisen- und Stahlindustrieller“, der wichtigste Interessenvertreter der deutschen Schwerindustrie, favorisierten derartige Pläne für das lothringische Erzbecken von Longwy-Briey.<sup>13</sup>

### **Kriegsziele und ökonomische Interessen**

Fritz Fischer und seinen Schülern kommt das Verdienst zu, bei der Analyse der deutschen Kriegsziele die ökonomischen Interessen des deutschen Großkapitals in den Blick genommen zu haben. Zugleich machten sie darauf aufmerksam, dass derartige Planungen bereits in den Jahren seit der Jahrhundertwende in zahllosen Zeitungsartikeln, Zeitschriften, Broschüren und Büchern sowie in Vortragsveranstaltungen propagiert worden waren. Dabei waren nationalistische Interessenverbände wie z.B. der „Deutsche Flotten-Verein“, eine Gründung des Hauses Krupp, der „Alldeutsche Verband“ mit seinen großindustriellen Gründungsmitgliedern Alfred Hugenberg und Emil Kirdorf, die „Deutsche Kolonialgesellschaft“ und der „Deutsche Wehrverein“ sowie ein Großteil der Tages- und Wochenpresse, die von den genannten Organisationen, aber auch vom Reichsmarineamt, kontinuierlich mit Artikeln und Kommentaren beliefert wurden, überaus aktiv. Nicht verschwiegen werden darf in diesem Zusammenhang die unheilvolle Rolle der christlichen Kirchen, der „Kriegervereine“ und der Universitäten. Führende Ideologen der imperialistischen deutschen „Welt“- und „Mitteleuropapolitik“, wie z.B. Arthur Dix, Friedrich Naumann, Friedrich von Bernhardi, Paul Rohrbach oder Heinrich Claß, sprachen offen von der Erfordernis eines Krieges. Dabei verschwiegen sie nicht seine angeblich ökonomische Notwendigkeit, ja Gesetzmäßigkeit. Arthur Dix hat es unmittelbar nach der Entfesselung des Krieges unmissverständlich formuliert: „Der Boden, auf dem der Imperialismus neuzeitlicher Prägung gewachsen, ist im Wesentlichen weltwirtschaftlicher Boden. Die heutige Weltpolitik im Zeichen des Weltmachtstrebens ist nicht zuletzt merkantile Weltpolitik. So sind denn auch die Weltkriege nicht nur Waffenkriege, sondern Weltwirtschaftskriege. Diese Weltwirtschaftskriege werden geführt auch in der Zeit der Waffenruhe; sie nehmen nur verschärfte Formen an, wenn auch die Waffen zu sprechen beginnen. Wurden in alten Zeiten Waffenkriege geführt um den Futterplatz im engsten Sinne, so dienen sie heute dem Kampfe um den Weltmarktanteil im weitesten Sinne.“ Und weiter: „Deutschland stand bereits vor dem Kriege unter allen industriellen Produzenten tatsächlich an erster Stelle. Es war mit seiner Ausfuhr gerade in der letzten Zeit vor dem Kriegsausbruch ganz unmittelbar neben die englische Ausfuhr getreten.

---

<sup>13</sup> Siehe Bundesarchiv Berlin (im Folgenden: BArch), R 13/I 153, Bl. 24 u. Dr. J. Reichert: Was sind uns die Erzbecken von Briey und Longwy? Berlin 1917, S. 21 (Exemplar in: BArch, R 13/I 245, Bl. 162ff.).

Nach dem Kriege wird es seine Aufgabe sein, im Welthandel ebenso wie in der Weltproduktion den Rang der führenden Kulturmacht einzunehmen.“<sup>14</sup>

Fritz Fischer hat sich vor allem in seinem „zweiten Buch“, dem 1969 publizierten Band „Krieg der Illusionen – Die deutsche Politik von 1911-1914“<sup>15</sup>, dieser Thematik, der geistigen Konditionierung möglichst großer Bevölkerungskreise in Deutschland für einen zu entfesselnden Krieg, in angemessener Ausführlichkeit gewidmet.<sup>16</sup> Gleiches gilt für seinen Schüler Klaus Warnecke, der die Presselandschaft am Vorabend des Ersten Weltkrieges untersucht hat.<sup>17</sup> Im „Krieg der Illusionen“ präsentiert Fischer seine wiederum aus den Akten gewonnenen Erkenntnisse über die politische Vorbereitung des Ersten Weltkrieges. Dabei widmete er auch dem „Zusammenspiel von Staat und Wirtschaft“<sup>18</sup>, nicht zuletzt beim Projekt der „Bagdad-Bahn“, große Aufmerksamkeit.<sup>19</sup> Besonderes Aufsehen erregte jedoch seine Interpretation des „Kriegsrates“ vom 8. Dezember 1912. Hierbei handelte es sich um ein streng vertrauliches Treffen, zu dem Wilhelm II. den Generalstabschef Helmuth Graf von Moltke d.J., den Chef des Reichsmarineamtes Alfred von Tirpitz, den Chef des Admiralstabes August von Heeringen und einen seiner engsten Vertrauten, den Chef des Marinekabinetts Admiral Georg Alexander von Müller, geladen hatte.<sup>20</sup> In Abwesenheit der zivilen Autoritäten, die bewusst keine Einladung zu dieser Zusammenkunft erhalten hatten, reifte hier der Entschluss, eine sich zukünftig bietende Gelegenheit innerhalb der folgenden anderthalb Jahre zu nutzen, um einen europäischen Krieg auszulösen. Eine neue „Heeresvorlage“ mit bedeutenden Vergrößerungen der Mannschaftsstärke sei bis dahin auf den Weg zu bringen (was tatsächlich durch ein von der Reichstagsmehrheit beschlossenes Gesetz zur Finanzierung dieser Maßnahme am 30. Juni 1913 geschah), während bis dahin die wachsende russische Militärmacht und die ihr zugute kommenden Infrastrukturprojekte (Ausbau der an die Westgrenzen führenden Eisenbahnlinien) noch nicht vollendet seien. Nach den Imperativen des so genannten Schlieffen-Plans, benannt nach dem am 4. Januar 1913 verstorbenen Generalstabschef Alfred Graf von Schlieffen, sollte zunächst fast die gesamte Armee gegen Frankreich und das neutrale Belgien geworfen, im Westen ein schneller Sieg erfochten und daran anschließend das Heer gen Osten transportiert werden, um die russischen Truppen vernichtend zu schlagen. Ein alternativer „Aufmarschplan Ost“, der ein umgekehrtes Vorgehen vorsah, wurde seit 1913 nicht mehr

<sup>14</sup> Arthur Dix: Der Weltwirtschaftskrieg. Seine Waffen und seine Ziele, Leipzig 1914, S. 6 u. 29.

<sup>15</sup> Siehe Fritz Fischer: Politik der Illusionen. Die deutsche Politik 1911-1914, Düsseldorf 1969 u.ö.

<sup>16</sup> Grundsätzlich zu dieser Thematik hat sich jüngst Erich Hahn geäußert: Imperialistische Ideologie vor dem Ersten Weltkrieg, in: Geschichtskorrespondenz, August 2014, S. 9ff.

<sup>17</sup> Siehe Klaus-Dieter Wernecke: Der Wille zur Weltgeltung. Außenpolitik und Öffentlichkeit in Deutschland am Vorabend des Ersten Weltkrieges, Düsseldorf 1969.

<sup>18</sup> Fritz Fischer: Krieg der Illusionen, Kapitelüberschrift, S. 636.

<sup>19</sup> Siehe ebenda, bes. S. 636ff.

<sup>20</sup> Siehe ebenda, S. 232ff. u. John C. G. Röhl: Die Generalprobe. Zur Geschichte und Bedeutung des „Kriegsrates“ vom 8. Dezember 1912, in: Industrielle Gesellschaft und politisches System. Festschrift für Fritz Fischer zum 70. Geburtstag, hrsg. von Dirk Stegmann u.a., Bonn 1978, S. 357ff.

vom Generalstab bearbeitet. Im Lichte der bei diesem „Kriegsrat“ getroffenen Entscheidungen gewinnt die auf den Krieg hinarbeitende Politik der Reichsleitung im Sommer 1914 ihre konsequente Logik.

Die Rezeption der fast ausschließlich konservativ geprägten Geschichtswissenschaft in der damaligen BRD und in Westberlin, angesichts der skizzierten Interpretationen Fritz Fischers zur Politik des deutschen Imperialismus am Vorabend des Ersten Weltkrieges, von denen hier nur einige der wichtigsten genannt werden konnten, war verheerend. Es war charakterisiert von grundsätzlicher Ablehnung der Forschungsergebnisse des Hamburger Ordinarius, ja es gab offene Bekundungen von Hass. Fischer sollte de facto aus der „Historikerzunft“ eliminiert werden.

### **Fischer soll isoliert werden**

Die westdeutsche Geschichtswissenschaft war in den 1950er und 1960er Jahren ein Hort konservativer, ja deutschnationaler Wissenschaftler. Manche von ihnen hatten sich als aktive Mitglieder der NSDAP diskreditiert. Ihre maßgeblichen Repräsentanten hatten zum Teil als Soldaten noch den Ersten Weltkrieg miterlebt. Einige von ihnen hatten sich als damals junge Akademiker freiwillig zu den Waffen gemeldet. Das traf z.B. auf den Vorsitzenden der Historikergesellschaft, Gerhard Ritter aus Freiburg zu, der als Leutnant an der Front kämpfte; ebenso wie auf den „Nachbarn“ Fritz Fischers am Historischen Seminar der Universität Hamburg, Egmont Zechlin, der schwer verwundet aus dem Krieg heimkehrte. Hans Herzfeld, ein eigentlich als liberal geltender Historiker, der an der Westberliner Freien Universität wirkte, war 1917 als Leutnant in französische Kriegsgefangenschaft geraten. Andere prominente Historiker wie z.B. Karl Dietrich Erdmann in Kiel, der seit März 1933 in der NSDAP organisiert gewesen, in Stuttgart und Konstanz tätige Erwin Hölzle oder Walther Hubatsch in Bonn, die damals noch zu jung für den Fronteinsatz waren, teilten die harsche Kritik an Fischers Forschungsergebnissen und sorgten sich dabei nicht nur um „ihre“ Wissenschaft. Ihnen ging es vor allem um die Sprengkraft des „Griffs nach der Weltmacht“ für das politisch-historische Bewusstsein der Bevölkerung, besonders der Akademiker und Studenten. Auch die möglicherweise negativen Folgen für die sich in die „westliche Gemeinschaft“ integrierende BRD seien zu beachten. Kurz gefasst lautete ihre Argumentation folgendermaßen:

Weil nicht geleugnet werden könnte, dass Deutschland die Alleinschuld an der Auslösung des Zweiten Weltkrieges habe, sei es für das Selbstverständnis des westlichen, also kapitalistischen Deutschland untragbar, auch noch mit der Hauptschuld für die Entstehung des Ersten Weltkrieges „belastet“ zu werden. Es könne – so Gerhard Ritter in einer 1964 veröffentlichten Schrift der „Bundeszentrale für Politische Bildung“ – „gefährlich werden“, wenn Fischer und seine Schüler mit ihrer „radikalen Kritik an deutschem Wesen und der deutschen Vergangenheit“ sich durchsetzen würden. Er

unterstellte ihnen, „die deutsche Geschichte schwarz in schwarz gemalt“ zu haben.<sup>21</sup> Ebenfalls 1964 lesen wir aus der Feder Gerhard Ritters, dass mit Fritz Fischers Veröffentlichung „Griff nach Weltmacht“ „ein erster Gipfel erreicht“ worden sei „in der politisch-historischen Modeströmung unserer Tage: in der Selbstverdunklung deutschen Geschichtsbewusstseins, das seit der Katastrophe von 1945 die frühere Selbstvergötterung verdrängt hat...Nach meiner Überzeugung wird sich das nicht weniger verhängnisvoll auswirken als der Überpatriotismus von ehemals. So vermag ich das Buch nicht ohne tiefe Traurigkeit aus der Hand zu legen: Traurigkeit und Sorge im Blick auf die kommende Generation.“<sup>22</sup>

Zugleich bemühten sich Ritter, wie auch Zechlin und die anderen Opponenten Fischers, die Bedeutung der von ihrem Hamburger Kollegen entdeckten Quellen herunterzuspielen. Das galt besonders für das „Septemberprogramm“ Bethmann Hollwegs, das als aus der Situation geborene Niederschrift ohne grundsätzliche Bedeutung interpretiert wurde.<sup>23</sup> Der Reichskanzler selbst wurde in den Rang einer Person erhoben, die sich bis zuletzt gegen den „großen Krieg“ gestemmt und auf einen „Ausgleich“ mit England hingearbeitet hätte. Seine unmissverständliche Zustimmung zum „Blankoscheck“ für ein kriegerisches Vorgehen Österreich-Ungarns gegen Serbien am 6. Juli 1914 wurde dabei ebenso zur Seite geschoben wie sein Einverständnis zum Einmarsch deutscher Truppen in Belgien in den ersten Kriegstagen, dessen Neutralität schließlich auch vom Deutschen Reich völkerrechtlich garantiert worden war. Bethmann musste wissen, zumal aus den zahlreichen, warnenden Depeschen des Botschafters in London, Fürst Karl Max von Lichnowsky, dass dieser Schritt mit großer Sicherheit den Kriegseintritt Englands nach sich ziehen würde. Originalton Bethmanns gegenüber dem britischen Botschafter Sir Edward Goschen am 4. August 1914: Die Garantie-Erklärung zugunsten der Neutralität Belgiens sei „ein Fetzen Papier“ („a scrap of paper“).<sup>24</sup> Kriegstreiber waren jedoch in Ritters Sicht, wie in derjenigen der anderen genannten bürgerlichen Historiker, lediglich der „Alldeutsche Verband“ und einige „Hitzköpfe“ unter den Publizisten sowie vereinzelte Militärs. Ihr Einfluss auf die politischen Entscheidungen sei gering gewesen. Nicht in das Kalkül gezogen wurden die Interessen der Großindustrie und ihre gewachsenen Einflussmöglichkeiten auf den Gang der Ereignisse sowie die Kriegszielplanungen, auch angesichts ihrer unverzichtbaren Mitwirkung an der Organisation der kriegswirtschaftlichen Instrumentarien und Entscheidungen.

1964 und 1965 eskalierten die Auseinandersetzungen innerhalb der „Historikerkunft“ der BRD, als beim Historikertag der westdeutschen Historiker in Westberlin bzw. beim

---

<sup>21</sup> Gerhard Ritter: Der erste Weltkrieg. Studien zum deutschen Geschichtsbild, Bonn 1964 (Heft 65 der „Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung“), S. 16.

<sup>22</sup> Gerhard Ritter: Eine neue Kriegsschuldthese, in: Deutsche Kriegsziele 1914-1918. Eine Diskussion. Hrsg. von Ernst Wilhelm Graf Lynar, Frankfurt a.M. u. Berlin 1964, S. 144.

<sup>23</sup> Siehe hierzu Fritz Fischer: Weltmacht oder Niedergang, S. 61ff.

<sup>24</sup> Theobald von Bethmann Hollweg: Betrachtungen zum Weltkriege. Teil 1: Vor dem Kriege, Berlin 1918, S. 180, Anmerkung 1.

Internationalen Historikerkongress in Wien Fritz Fischer und seine Opponenten direkt aufeinander trafen und sich dem Forum ihrer Fachkollegen sowie der Studentenschaft stellten.

### **Die Historiker-Kongresse 1964 und 1965**

Im Oktober 1964 wurde auf dem Campus der Westberliner Freien Universität der Kongress der westdeutschen Historikergesellschaft durchgeführt. Im Mittelpunkt stand die „Fischer-Kontroverse“, die mittlerweile in immer stärkerem Maße die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit, weit über die Geschichtswissenschaft hinausreichend, gefunden hatte. Vor mehr als 2.000 Zuhörerinnen und Zuhörern kreuzten Fritz Fischer sowie seine Assistenten Imanuel Geiss und Helmut Böhme im Audimax die Klänge mit Gerhard Ritter und Egmont Zechlin; als ausländische Fachkollegen nahmen Jacques Droz (Paris) und der 1938 aus Deutschland emigrierte Fritz Stern (New York) das Wort. Im Ergebnis dieser verhältnismäßig sachlich verlaufenden Veranstaltung konnten die sich starr gegenüberstehenden Lager Fischers und seiner konservativen Opponenten nicht aufgebrochen werden. Es musste allerdings konstatiert werden, dass die im Auditorium reichlich vertretende Studentenschaft sowie junge Wissenschaftler überwiegend die Partei des Hamburger Ordinarius ergriffen. Wie auch immer: Fritz Fischer gelang es, auf diesem wichtigen Kongress die Themen zu setzen und den Versuch seiner Fachkollegen, ihn innerhalb der westdeutschen Historiographie zu isolieren, ja als unseriös arbeitenden Wissenschaftler zu diffamieren, ins Leere laufen zu lassen. Die von ihm und seinen Assistenten vorgetragenen Referate und Beiträge in der Diskussion fanden die Zustimmung der Mehrheit der Zuhörerschaft. Gazetten wie der „Spiegel“, die „Zeit“ und der „Vorwärts“ berichteten ausführlich und mit unverkennbarer Sympathie für Fischer vom Historikerkongress.

Besondere Beachtung verdient der ein Jahr später in Wien durchgeführte 12. Internationale Historikerkongress, der ebenfalls von der „Fischer-Kontroverse“ geprägt wurde. Im zwei Seiten füllenden Bericht der Hamburger „Zeit“ lesen wir: „Kein deutscher Forscher kann sich rühmen, die Aufmerksamkeit der Zunftgenossen so stark auf die neuere deutsche Geschichte gelenkt zu haben wie Fritz Fischer. In dem weiten Raum des Auditorium Maximum drängten sich die gelehrten aus allen Herren Ländern, um der Diskussion zu lauschen, die sich um seine Thesen entspann. (...) Sein Werk ist aus den Gesprächen von Gelehrten und Laien über den Ersten Weltkrieg nicht mehr fortzudenken.“<sup>25</sup>

In Wien zeigte es sich, dass die Front der Fischer-Gegner erste Risse bekommen hatte. Der Hamburger Historiker konnte konstatieren, dass angesichts seiner durch akribische Quellenstudien abgesicherten Anschauungen, „seine Gegner einen Teil seiner Thesen übernommen hatten“. Das galt in erster Linie für Egmont Zechlin, Karl Dietrich Erdmann

---

<sup>25</sup> Paul Sethe: Kriegsschuld 1914, in: Die Zeit, 10.8.1964, S. 9f.

und Hans Herzfeld. Auch in Wien überzeugte Fischer das Publikum von der Seriosität seiner Forschungsergebnisse. Es gelang ihm jetzt auch der Durchbruch auf der internationalen Bühne, während seine Opponenten mehr oder weniger überzeugende rhetorische Rückzugsgefechte lieferten; einige von ihnen gaben sich die Blöße, ihm zur Begrüßung nicht die Hand zu reichen. Es gab allerdings einen besondere Aufmerksamkeit erheischenden Sachverhalt, der bei den Auseinandersetzungen um die Thesen Fritz Fischers große Beachtung fand: der Beitrag von Historikern aus der DDR zur Debatte um die Auslösung des Ersten Weltkrieges und die deutschen Kriegsziele.

### **Fritz Fischer und seine Rezeption in der DDR**

Fritz Fischer und einige seiner Schüler standen seit dem Beginn der sechziger Jahre in einem fast ständigen Kontakt mit Historikern aus der DDR.<sup>26</sup> Das betraf vor allem Fritz Klein, Willibald Gutsche und Joachim Petzold vom Institut (später: Zentralinstitut) für Geschichte der Akademie der Wissenschaften, aber auch einen der Nestoren der DDR-Geschichtswissenschaft, den international renommierten Bismarck-Forscher Ernst Engelberg. Sie korrespondierten mit ihrem Hamburger Fachkollegen, nahmen die Gelegenheit zu Gesprächen wahr, wenn sie z.B. auf Einladung des AStA der Universität Hamburg Vorträge in der Hansestadt hielten<sup>27</sup>, sprachen miteinander bei Archivaufenthalten in der BRD bzw. in der DDR und trafen sich bei den hier genannten sowie später veranstalteten Historikerkongressen. Dabei gab es auch „hinter den Kulissen“ bemerkenswerte Formen der Kooperation. In Wien koordinierten Fischers Assistent Imanuel Geiss und Fritz Klein sogar ihre Referate hinsichtlich der scharf ablehnenden Argumentationen Gerhard Ritters zu Fischers Forschungsergebnissen. Die gegenseitige Wertschätzung kam vor allem in den Korrespondenzen deutlich zum Ausdruck. So schrieb Fritz Klein am 29. Oktober 1962 an Fischer, dass dessen „Griff nach der Weltmacht“ eines der „bemerkenswertesten und bewunderungswürdigsten Bücher“ sei, das ein deutscher Historiker „seit dem Zweiten Weltkrieg geschrieben“ habe.<sup>28</sup> Für die DDR-Historiographie widerspiegelte sich am Werk ihres Hamburger Fachkollegen die beginnende Differenzierung innerhalb der Geschichtswissenschaft der BRD. Zwar sei Fritz Fischer durchaus kein Marxist, wohl aber ein „realistisch“ über den Charakter und die Ziele des deutschen Imperialismus denkender Wissenschaftler. In den siebziger und achtziger Jahren intensivierten sich die Kontakte beträchtlich.

Zurück zum Internationalen Historikerkongress im Jahre 1965 in Wien. Neben der hinter den Kulissen sich vollziehenden Abstimmung ihrer im Plenum gehaltenen Referate mit Fritz Fischer und seinen Schülern, erstaunten die Historiker aus der DDR das Publikum

---

<sup>26</sup> Das Folgende nach Matthew Stibbe: Reactions from the Other Germany – The Fischer Controversy in the German Democratic Republic, in: Journal of Contemporary History, Vol. 48. No. 2, April 2013, S. 315ff.

<sup>27</sup> Siehe Neues Deutschland, 23.1.1966.

<sup>28</sup> Zitiert und aus dem Englischen rückübersetzt nach Matthew Stibbe: Reactions from the Other Germany, S. 323.

mit der Art und Weise ihres öffentlichen Auftretens, zumal in den Debatten um den Ersten Weltkrieg. Voller Verblüffung schrieb die „Zeit“: „Immer sprachen sie gescheit, gelegentlich witzig und überlegen, sie bedienten sich häufiger des Floretts als des Säbels und verbesserten gelegentlich westliche Irrtümer. Ihre Einzelkenntnisse sind oft eindrucksvoll. (...) Der kriegerische Ton ist verschwunden. Bekundungen der Höflichkeit, Anerkennung für Referate aus dem Westen, Respekt vor dem Gesprächspartner waren häufig zu hören. Selten fehlte die Aufforderung zur wissenschaftlichen Zusammenarbeit.“ Auch an Fritz Fischer erging von ihnen die kollegiale Mahnung: „Vergesst nicht, dass es Imperialisten nicht nur in Deutschland gab!“<sup>29</sup>

Die Wertschätzung der DDR-Forschungen zum Ersten Weltkrieg konnten auch an den Rezensionen Fritz Fischers und seiner Schüler abgelesen werden. Geradezu skandalös für den damaligen „Zeitgeist“ in der BRD war eine im Juni 1969 in der „Frankfurter Rundschau“ abgedruckte Rezension von Imanuel Geiss zur dreibändigen Darstellung „Deutschland im ersten Weltkrieg“, deren erster Band soeben in der DDR unter der Federführung von Fritz Klein, Willibald Gutsche und Joachim Petzold erschienen war. Hier hieß es, es handle sich um „die zur Zeit beste Arbeit in deutscher Sprache über das Thema. Für die Anschaffung von Bibliotheken und Seminaren ist es nachdrücklich zu empfehlen.“<sup>30</sup> Kaum zu glauben, aber wahr: Es gab in der Geschichte der BRD Zeiten, in denen Publikationen von Historikern aus der DDR von westdeutschen Fachkollegen eine fast euphorische Resonanz erfuhren! Dass derartige Buchbesprechungen bei den konservativen Meinungsführern der Historikergunft seinerzeit auf totale Ablehnung stießen, versteht sich beinahe von selbst. Literatur aus der DDR galt ihnen schlicht als „unwissenschaftlich“. Ihre Berücksichtigung im normalen Vorlesungs- und Seminarbetrieb bedurfte deshalb eines entsprechenden Engagements der Studierenden. Am Rande bemerkt: Der Autor dieser Zeilen, der ein Jahr später an der Westberliner Freien Universität sein Geschichtsstudium begann, scheiterte als studentisches Mitglied des Fachbereichsrates noch 1973 mit seinem Antrag, Imanuel Geiss zu einem Gastvortrag an das Friedrich-Meinecke-Institut einzuladen: Fritz Fischer und seine Schüler galten nicht nur an dieser strikt konservativ ausgerichteten Einrichtung von Forschung und Lehre bis weit in die 1970er Jahre hinein als nach wie vor *dégoûtant*.

### **„Fischer-Kontroverse“ und die westdeutsche Politik**

Wie bereits erwähnt, schlug die „Fischer-Kontroverse“ nicht nur innerhalb der BRD-Geschichtswissenschaft, sondern auch in der Publizistik und sogar in der Politik hohe Wellen. Für internationales Aufsehen sorgte 1964 die skandalöse Weigerung des Auswärtigen Amtes, dem Hamburger Historiker die bereits in Aussicht gestellten finanziellen Mittel für eine vom Goethe-Institut organisierte Vortragsreihe an

---

<sup>29</sup> Paul Sethe: Kriegsschuld 1914, S. 9.

<sup>30</sup> Frankfurter Rundschau, 27.6.1969.

verschiedene Universitäten der USA zur Verfügung zu stellen.<sup>31</sup> Einige prominente US-amerikanische Historiker, darunter Fritz Stern, Hajo Holborn und Klaus Epstein, die aus dem faschistischen Deutschland emigrieren mussten, protestierten öffentlichkeitswirksam gegen diesen Skandal.<sup>32</sup> Letztlich stellten die betreffenden Universitäten selbst die notwendigen Finanzmittel zur Verfügung, um Fritz Fischer die Gelegenheit zu geben, seine Forschungsergebnisse in den USA vorzutragen.

Im Übrigen war die „Fischer-Kontroverse“ gelegentlich sogar ein Thema im Plenum des Deutschen Bundestages. Dabei tat sich mit zum Teil polemischen Ausfällen gegenüber Fischer und seinen Thesen der stellvertretende Fraktionsvorsitzende der CDU/CSU und Bundesverteidigungsminister a.D. Franz Josef Strauß (CSU) hervor. Von der oft beschworenen „Freiheit der Wissenschaft“ und dem angeblich in der BRD anzustrebenden „Wissenschaftspluralismus“ war bei diesen Wortmeldungen von Spitzenpolitikern übrigens keine Rede. Im Gegenteil. Strauß führte im Deutschen Bundestag in dankenswerter Offenheit im Jahre 1965 aus: „Ich fordere die Bundesregierung auf, alle ihr zu Gebote stehenden Mittel und Möglichkeiten zu verstärken, aufeinander abzustimmen und auf diesen einen Schwerpunkt auszurichten, dass die gewohnheitsmäßigen, fahrlässigen, absichtlichen und manchmal bewusst in den Dienst der Auflösung der westlichen Gemeinschaft gestellten Verzerrungen der deutschen Geschichte und des Deutschlandbildes von heute bekämpft und beseitigt werden.“ Und weiter: „Es handelt sich hierbei nicht nur um kommunistische Propaganda. Es handelt sich auch um die Tatsache im besonderen, dass die moralische Alleinschuld der deutschen Politik, über die es keine Diskussionen gibt, unter der Diktatur Hitlers für den Zweiten Weltkrieg nachträglich, rückwirkend abermals auf den Ersten Weltkrieg und auf frühere Ereignisse zurückprojiziert wird, damit vor der ganzen Welt das Bild eines militaristischen, aggressiven, kriegslüsternden und revanchesüchtigen Deutschland von heute glaubhaft gemacht wird.“<sup>33</sup> Und tatsächlich besaßen die Thesen Fischers – wenn auch in einem völlig anderen Sinn, als es hier bei Strauß zum Ausdruck gebracht wird – implizit eine politische Dimension, ja sie stellten ein Politikum in der Zeit des in den 1960er Jahren von den kapitalistischen Mächten gegen die Sowjetunion, die DDR und die anderen sozialistischen Staaten geführten Kalten Krieg dar. Es darf deshalb auch nicht verwundern, dass Fritz Fischer öffentlich für die völkerrechtliche Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze und die Vertragspolitik der sozialliberalen Koalition gegenüber den sozialistischen Staaten, einschließlich der DDR, eintrat.

---

<sup>31</sup> Der damalige Staatssekretär Rolf Lahr übermittelte diese Entscheidung des Auswärtigen Amtes offiziell am 26. Mai 1964 dem Plenum des Deutschen Bundestages.

<sup>32</sup> Siehe Imanuel Geiss: Studien über Geschichte und Geschichtswissenschaft, Frankfurt a.M. 1972, S. 145f.

<sup>33</sup> Zitiert nach ebenda, S. 108f.

## **Kontinuitäten des deutschen Imperialismus**

Vor allem in seinen in den siebziger und achtziger Jahren publizierten Studien gelangte Fritz Fischer zu überaus interessanten Schlussfolgerungen.<sup>34</sup> Er spitzte hier viele seiner Forschungsergebnisse zu, brachte sie in einen Zusammenhang mit ökonomischen, sozialen, politischen und ideologischen Kontinuitäten im deutschen, „von oben“ als Ergebnis eines Krieges gegründeten deutschen Nationalstaates von 1870/71 bis zu seinem katastrophalen Ende 1945, den er letztlich als eine Einheit begriff, wenn auch mit schwerwiegenden Zäsuren, wovon diejenige des Jahres 1933 die bedeutendste war. Und er ordnete die Machteinsetzung der Faschisten am 30. Januar 1933 schlüssig und mit nachvollziehbaren Argumenten in das Kontinuum der deutschen Zeitgeschichte ein; er wehrte sich dagegen, die Nazis und ihren „Führer“ Adolf Hitler als rational nicht erklärbare Phänomene der jüngeren deutschen Geschichte anzusehen.<sup>35</sup> Viele der in den von ihm entdeckten und analysierten Kriegszieldenkschriften enthaltenen Forderungen fand er, fünfundzwanzig Jahre später, in den Planungen des deutschen Faschismus wieder. Und die gleichen sozialen und politischen Kräfte, die den ersten „Griff nach der Weltmacht“ zielstrebig vorbereitet hatten, organisierten nunmehr die radikalisierte Neuauflage der Weltmacht- und Weltherrschaftsphantasien von 1914, jetzt angereichert mit „völkischen“, antisemitischen, antibolschewistischen und antislawischen Parolen, an denen es übrigens auch von 1914 bis 1918 nicht gemangelt hatte, brutalisiert durch millionenfachen Völkermord und eine verbrecherische Besatzungspolitik. Fischer schrieb hierzu: „Der Stellenwert des Ersten Weltkrieges für das Kontinuitätsproblem der deutschen Geschichte liegt darin, dass das ‚Dritte Reich‘ mit seiner welthistorisch größten Wirkung, dem Zweiten Weltkrieg, vor allem als Reaktion auf den Ersten Weltkrieg zu verstehen ist, als Weigerung der führenden Schichten des Deutschen Reiches, den Ausgang des Ersten Weltkrieges hinzunehmen.“ Und weiter: „Kontinuität heißt nicht Identität, schon gar nicht ungebrochenen Identität.“ Aber es sei „nötig, die durchgehenden Strukturen und Ziele des 1866/71 entstandenen und 1945 untergegangenen Preußisch-Deutschen Reichs, zu analysieren, sich das Kontinuum im Wandel und seine Wirkungen im internationalen System zu vergegenwärtigen.“<sup>36</sup> Die Lösung dieser Aufgaben historischer Forschung hatten sich in der BRD der siebziger und achtziger Jahre einige der Schüler Fritz Fischers angenommen. Vor allem Dirk Stegmann und Manfred Asendorf seien hier genannt, die der Politik von bedeutenden Repräsentanten und Verbänden des deutschen Großkapitals in der Weimarer Republik und ihren Bemühungen nachspürten, schließlich in der Zeit der kapitalistischen Weltwirtschaftskrise die faschistische NSDAP an die Schalthebel der politischen Macht zu

---

<sup>34</sup> Siehe z.B. Fritz Fischer: Bündnis der Eliten. Zur Kontinuität der Machtstrukturen in Deutschland 1871-1945, Düsseldorf 1979; derselbe: Hitler war kein Betriebsunfall. Aufsätze, München 1991.

<sup>35</sup> Siehe zu diesem Thema Reiner Zilkenat: Der Platz des Jahres 1933 in der Geschichte: Kontinuitäten und Diskontinuitäten, in: Geschichtskorrespondenz, Januar 2014, S. 3ff.

<sup>36</sup> Fritz Fischer: Bündnis der Eliten, S. 93f. u. 95.

hieven<sup>37</sup> – diejenige politische Kraft also, die am brutalsten die notwendigen innen- wie außenpolitischen Voraussetzungen zu schaffen imstande war, um einen zweiten „Griff nach der Weltmacht“ zu inszenieren. Um zu verstehen, worin die „deutsche Katastrophe“ (Friedrich Meinecke 1945) wurzelte, sind die Publikationen Fritz Fischers und seiner Schüler – ebenso wie die einschlägigen Forschungsergebnisse der DDR-Historiographie – angesichts neuer Kriegsabenteuer des deutschen Imperialismus von beklemmender Aktualität. Die „Fischer-Kontroverse“ ist es deshalb nicht wert, vornehmlich Gegenstand der „Geschichte der Geschichtswissenschaft“ zu sein. Angesichts einer wachsenden Flut von Publikationen, die eine Exkulpation der Politik des deutschen Imperialismus vor und im Ersten Weltkrieg beinhalten und zum Teil die Positionen der konservativen Gegner Fischers in modischem Gewand und mit hohem terminologischem Aufwand präsentieren<sup>38</sup>, kann das Studium der unverändert aktuellen Werke des am 1. Dezember 1999 verstorbenen Hamburger Gelehrten, dem es nicht zuletzt um das „Aufdecken der ökonomischen Interessen“<sup>39</sup> ging, die zwei Weltkriege verursacht hatten, nur dringend angeraten werden.

---

<sup>37</sup> Siehe Dirk Stegmann: Zum Verhältnis von Großindustrie und Nationalsozialismus 1930-1933. Ein Beitrag zur Vorgeschichte der sog. Machtergreifung, in: Archiv für Sozialgeschichte, Bd. XIII, 1973, S. 399ff.; derselbe: Kapitalismus und Faschismus in Deutschland 1929-1934. Thesen und Materialien zur Konstituierung des Primats der Großindustrie zwischen Weltwirtschaftskrise und Rüstungskonjunktur, in: Gesellschaft. Beiträge zur Marxschen Theorie, Bd. 6, 1976, S. 19ff.; Manfred Asendorf: Hamburger Nationalklub, Keppler-Kreis, Arbeitsstelle Schacht und der Aufstieg Hitlers, in: 1999. Zeitschrift für Sozialgeschichte des 20. und 21. Jahrhunderts, 2. Jg., 1987, H. 3, S. 106ff.

<sup>38</sup> Siehe Reiner Zilkenat: Ein Krieg – „ganz aus Versehen“? Von schlafwandlerischen Staatsmännern und Militärs im Sommer 1914, in: Rundbrief, hrsg. von der AG Antifaschismus bei der Partei DIE LINKE, Heft 1/2014, S. 32ff.; Stefan Bollinger: Weltbrand, „Urkatastrophe“ und linke Scheidewege. Fragen an den „Großen Krieg“, Berlin 2014; Annika Mombauer: Die Julikrise. Europas Weg in den Ersten Weltkrieg, München 2014.

<sup>39</sup> So Fischer in einem Interview aus dem Jahre 1988. Siehe Manfred Asendorf u. Wolfgang Bombosch: „In Weimar hätten sie mich erschossen“...Ein Gespräch mit Fritz Fischer, in: 1999. Zeitschrift für Sozialgeschichte des 20. und 21. Jahrhunderts, 15. Jg., 2000, H. 1, S.155.